

r) Abhaltung von Konsultationen auf geeigneter Ebene mit regionalen Organisationen, Einrichtungen und Abmachungen über Fragen, die die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit berühren, im Einklang mit Kapitel VIII der Charta;

10. *legt dem Sicherheitsrat eindringlich nahe*, seine Jahres- und Sonderberichte an die Generalversammlung unter Berücksichtigung der Resolution 51/193 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 herauszugeben.

Schlüsselfrage Umverteilung

Memorandum '97 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

(Auszüge)

Am 28. April d. J. stellte die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf einer Pressekonferenz in Bonn ihr jährliches „Gegengutachten“ zur Politik der Bundesregierung und der regierungsnahen Expertenkreise vor. Es trägt den Titel „Massenarbeitslosigkeit und kein Ende? Beschäftigungspolitik und gerechtere Einkommensverteilung gegen soziale Zerstörung“. Die „Memorandum-Gruppe“ besteht aus Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern sowie Vertretern und Vertreterinnen der Gewerkschaften. Seit 1977 erscheinen ihre Memoranden alljährlich im Wortlaut oder auszugsweise in den „Blättern“. Im folgenden dokumentieren wir die Lageanalyse (Kap. I) und den Schluß (Kap. V) der diesjährigen Kurzfassung. Die Buchfassung des Memorandum '97 erscheint im PapyRossa Verlag Köln. D. Red.

1. In Deutschland wird gegenwärtig der Umbau des Sozialstaates gefordert und sein Abbruch betrieben. Bundesregierung und Unternehmer wollen mehr Marktradikalität zu Lasten demokratischer und sozialer Grundrechte durchsetzen. Gleichzeitig wird die Einkommens- und Vermögensspaltung vorangetrieben. Die wirtschaftliche und politische Grundlage für diese gesellschaftliche Veränderungsstrategie ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Sie ist längst nicht mehr nur persönliches Schicksal, Ursache von permanenten Haushaltslücken und gesamtwirtschaftliche Verschwendung. Arbeitslosigkeit ist darüber hinaus zum massiven politischen Instrument geworden, das Unternehmen, Verbände und Regierung nutzen, um die Ansprüche der auf Arbeitseinkommen angewiesenen Menschen auf ein Leben in materieller Sicherheit, sauberer Umwelt sowie sozialer Gerechtigkeit zurückzudrängen. Obwohl die Produktivität der menschlichen Arbeit und damit die Möglichkeit persönlichen und gesellschaftlichen Wohlstands Jahr für Jahr steigen, behaupten sie, schon der bisher erreichte Lebensstandard lasse sich nicht mehr halten. Mit Hinweis auf die Globalisierung der Wirtschaft fordern sie Verzicht im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Wird ein solcher Verzicht durchgesetzt, verschafft er den Unternehmen zwar zusätzliche Weltmarktanteile und Profite, aber hiervon hat die große Mehrheit der Bevölkerung nichts. Im Gegenteil, die schrumpfende Inlandsnachfrage führt zu neuer Arbeitslosigkeit, sinkenden Realeinkommen und zu weiterer Schwächung der politischen Widerstandskraft von Beschäftigten und Gewerkschaften. Die Umverteilung von Einkommen, Vermögen und politischer Macht zugunsten großer Konzerne und kleiner Eliten schreitet rapide voran. Das in mühsamen Auseinandersetzungen erreichte System der sozialen Sicherheit ist zunächst in breiter Kampagne diffamiert und sodann drastisch beschnitten worden. Nun hat der Einstieg in seine Privatisierung begonnen, die den Versicherten mehr Risiken und Unsicherheit, den Versicherungskonzernen und Investmentfonds aber neue Anlagefelder mit guten Gewinnaussichten in Aussicht stellt.

Es gibt allerdings Zeichen, daß diejenigen, die von diesem Abbruch betroffen werden, sich nicht länger alles gefallen lassen, sondern die politische Herausforderung erkennen und annehmen. Die Bundesregierung hat sich mit ihrer rechthaberischen marktradikalen Prinzipien-

reiterei mehrfach in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht; Beispiele hierfür sind die Gesetzgebung zum Ladenschluß, die mittlerweile von Arbeitgeberseite demontiert wird, sowie die Streichung des Schlechtwettergeldes, die mittlerweile teurer geworden ist, als dieses selbst es je war. Mit dem Gesetz, das es ermöglichen soll, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen, hat sie die Schmerzgrenze für die ArbeitnehmerInnen überschritten und heftigen Protest hervorgerufen. Dessen Erfolg zeigt, daß es möglich ist, ArbeitnehmerInneninteressen gegen die Angriffe von Unternehmen und Regierung zu verteidigen. Ähnliche Proteste entwickeln sich im europäischen Ausland. Dies ist vor allem im Hinblick auf die europäische Integration wichtig und eröffnet die Perspektive eines gemeinsamen Vorgehens für ein vereinigtes Europa, das nicht von den fehlgeleiteten Phantasien der Deutschen Bundesbank schikaniert wird, sondern sich vorrangig auf gemeinsame Politik für mehr Beschäftigung, soziale Sicherheit, intakte Umwelt und solidarischen Ausgleich gründet.

1. Die Lage: mehr Arbeitslosigkeit, mehr Gewinne und weniger Sozialstaat

2. Die Arbeitslosigkeit hat im vergangenen Jahr mit 3,97 Millionen registrierten Arbeitslosen einen historischen Rekord in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg erreicht. Ihr Anstieg zu Beginn dieses Jahres auf 4,7 Millionen war mit einer halben Million Personen gegenüber dem Vorjahr – als der Januar ebenfalls außerordentlich kalt gewesen war – so hoch wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland 1996 gegenüber dem Vorjahr von 9,4 auf 10,4% gestiegen. In Westdeutschland nahm sie im Jahresdurchschnitt von 8,3 auf 9,1% zu, in Ostdeutschland von 14,0 auf 15,7%. Zu Beginn dieses Jahres ist ungefähr jede zehnte westdeutsche und jede sechste Erwerbsperson in Ostdeutschland offiziell als arbeitslos gemeldet.

Um ein realistisches Bild vom gesamten Umfang zu erhalten, in dem Arbeitsplätze in der Bundesrepublik fehlen, müssen zu den 4 Millionen registrierten Arbeitslosen im Jahre 1996 noch jene 1,4 Millionen Personen gezählt werden, die ebenfalls keinen regulären Arbeitsplatz haben, aber befristet in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht sind. Darüber hinaus beträgt die „stille Reserve“ der Menschen, die zwar arbeiten können und wollen, sich aber wegen fehlender Vermittlungschancen, und weil sie keinen Anspruch auf Unterstützung (mehr) haben, nicht beim Arbeitsamt registrieren lassen, ungefähr 50% der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Insgesamt fehlten in der Bundesrepublik daher im vergangenen Jahr 7,4 Millionen dauerhafte Arbeitsplätze. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, deren Chancen auf Wiederbeschäftigung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit drastisch sinken, lag 1996 bei fast einem Drittel aller registrierten Arbeitslosen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit bringt besondere Nachteile für Frauen mit sich und verstärkt so ihre gesellschaftliche Diskriminierung. Doppelt stark waren hiervon in jüngster Zeit ostdeutsche Frauen betroffen: Nicht nur, daß ihre Erwerbsquote, die 1989 noch bei 80,7% gelegen hatte, mittlerweile auf knapp 74% gesunken ist (womit sie immer noch deutlich höher als die westdeutscher Frauen [60%] liegt). Während sich die Arbeitslosenquote westdeutscher Frauen auf dem Niveau der Männer (9,2% gegenüber 9,3% in 1995) eingependelt hat, lag die ostdeutscher Frauen 1995 mit 19,3% fast doppelt so hoch wie die ostdeutscher Männer (10,7%). Ostdeutsche Frauen blieben 1995 im Durchschnitt 37 Wochen arbeitslos, Männer dagegen 22 Wochen. 77% aller mehr als ein Jahr Arbeitslosen in Ostdeutschland waren Frauen.

3. Arbeitslosigkeit ist keineswegs das Ergebnis unvorhersehbarer Schicksalsschläge, die durch technische Entwicklung und Globalisierung über die Wirtschaft und Gesellschaft hereingebrochen sind und dazu zwingen, wirtschaftliche und soziale Ansprüche zurückzustecken. Der treppenförmige Anstieg der Erwerbslosigkeit begann in Westdeutschland bereits Mitte der 70er Jahre. Die technologischen Veränderungen, die seitdem insbesondere durch den forcierten Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken stattgefunden haben, sind jedoch mit einer gleichzeitigen Verlangsamung des Produktivitätsfortschrittes in der Gesamtwirtschaft einhergegangen und können die Verdreifachung der Arbeitslosigkeit nicht erklären. Auch die in der Öffentlichkeit immer wieder bemühte These von der Globalisierungsfalle, in der eine ohnmächtige Wirtschaftspolitik mittlerweile gefangen sei, dient eher zur Diszi-

plinierung der Menschen, als daß sie sachliche Aufklärung leistet. Die Zunahme der Internationalisierung seit Mitte der 70er Jahre ist bescheiden geblieben und hat zudem insgesamt eher zur Schaffung als zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen. Die deutsche Wirtschaft ist der zweitgrößte Exporteur der Welt. Ihr Außenhandelsüberschuß in Höhe von mittlerweile rund 100 Mrd. DM mit steigender Tendenz trägt zur Schaffung von über einer halben Million Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik und zur Vernichtung ebenso vieler Arbeitsplätze in anderen, überwiegend europäischen Ländern bei, deren Handelsbilanz mit der Bundesrepublik negativ ist. Der Außenhandelsüberschuß ist im übrigen seit fünf Jahren ununterbrochen gestiegen, obgleich die DM in dieser Zeit um gut 10% real aufgewertet hat. Auch die deutschen Direktinvestitionen im Ausland gefährden in der Summe bislang keine Arbeitsplätze in Deutschland: Erstens entspricht ihre Höhe im Durchschnitt der 90er Jahre nur knapp 5% aller Inlandsinvestitionen, und zweitens tragen sie überwiegend zur Erschließung ausländischer Märkte bei, von der dann auch die aus Deutschland kommenden Exporte profitieren.

4. Ähnlich unbegründet ist die Behauptung, zu hohe Löhne und Steuern führten zu einer übermäßigen Belastung der Unternehmen, dies vermindere deren internationale Wettbewerbsfähigkeit und führe daher zwangsläufig zu Entlassungen und folglich zu Arbeitslosigkeit. Diese Behauptung verdankt ihr politisches Gewicht nicht ihrer sachlichen Richtigkeit, sondern der gebetsmühlenartigen Wiederholung durch Regierung, Unternehmerverbände sowie den größten Teil der Wissenschaft und der Massenmedien. Dabei würde ein einfacher Blick in die Statistik der EU darüber aufklären, daß die realen Lohnstückkosten in Deutschland erstens seit Beginn der 80er Jahre überwiegend gefallen sind und 1995 um 11,4% unter dem Niveau von 1980 lagen, und daß sie zweitens zwischen 1990 und 1995 stärker gefallen sind als bei den Haupthandelspartnern der EU. Ähnliches hatte im vergangenen Jahr das Münchener ifo-Institut veröffentlicht. Die Reaktion war nicht etwa eine Auseinandersetzung mit den Zahlen, sondern helle Empörung über ihre Veröffentlichung. Für die beiden Jahre 1995 und 1996 sind die nominalen Lohnstückkosten in Deutschland um ganze 1,1% gestiegen, in Frankreich dagegen um 3,5%, in England um 1,6%, den Niederlanden um 2,7% und in den USA um 5,8%. Darüber hinaus sind die Unternehmen während der letzten 15 Jahre in großem Stil steuerlich entlastet worden: Während die Gesamtheit der Gewinnsteuern 1980 noch 37% der Bruttoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen ausmachte, sind sie bis 1996 auf unter 24% gesunken. Auch hier hat Entlastung statt Belastung stattgefunden.

5. Die eigentliche Ursache für die dramatische Höhe und den anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit liegt vielmehr in einer Weiter-so-Politik, die den Anforderungen an eine sozialverträgliche Begleitung technologischer Umbrüche ebenso wenig gerecht wird wie den durch die Besessenheit internationaler Wettläufe und Konkurrenzkämpfe ausgelösten politischen, sozialen und ökologischen Schäden. Ein aktives Gegensteuern hätte zumindest dreierlei erfordert: erstens eine Stimulierung der öffentlichen Nachfrage durch Investitionen und den Ausbau eines öffentlich finanzierten Sektors, um den immanenten Systemtendenzen zur Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entgegenzuwirken. Zweitens hätte eine energische ökonomische und administrative Umweltpolitik einen klaren Rahmen für die Privatwirtschaft setzen und ihrer Tendenz zur Externalisierung von Umweltkosten entgegensteuern müssen. Drittens schließlich hätte es einer Außenwirtschaftspolitik bedurft, die auf Kooperation und Gleichgewicht zielt und den „Wettlauf der Besessenen“ (Paul Krugman) eingrenzt, mit dem internationale Konkurrenz zum Schaden der Bevölkerung in allen Ländern betrieben wird.

Nichts von alledem ist geschehen. Die – gegen das nach wie vor gültige „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ von 1967 permanent verstoßende – Fixierung der Wirtschaftspolitik auf das einzige Ziel der Preisstabilität hat die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche verstärkt, die Arbeitslosigkeit in Rekordhöhen getrieben und eine soziale Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Die Umweltpolitik ist zunächst halbherzig betrieben worden und mittlerweile wieder weitgehend hinter die Förderung von engen Unternehmensinteressen zurückgetreten. Und in der Außenwirtschaftspolitik verfolgt die Bundesrepublik einen aggressiven internationalen Konkurrenzkurs, in dessen Rahmen sie alle binnenwirtschaftlichen Ansprüche dem obersten Ziel der Überlegenheit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten unterordnet. Die vor etwa zwei Jahrzehnten begonnene Umorientierung

staatlicher Wirtschaftspolitik und ihre zunehmende Ausrichtung am Imperativ der internationalen Wettbewerbsfähigkeit haben die Kapital- und Umsatzrenditen deutscher Unternehmen zwar wieder auf das hohe Niveau von Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre angehoben und die Weltmarktposition deutscher Konzerne gefestigt. Sie haben der Mehrheit der deutschen Bevölkerung allerdings keinen Nutzen gebracht. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte in den 80er Jahren hat überdies nicht nur den Umfang des kurzfristigen und ohne ökonomische Lenkungs- und Effizienzgewinne umlaufenden Kapitals außerordentlich gesteigert, sondern zugleich die wirtschaftspolitische Autonomie der Bundesregierung selbst, soweit sie sich des zinspolitischen Instrumentariums bedient, weitgehend beseitigt. Für diese Wende der Politik ist die Deutsche Bundesbank in hohem Umfang verantwortlich.

6. Die deutsche Wirtschaftspolitik verfehlt sogar Jahr für Jahr das selbst gesetzte oberste Ziel, die staatlichen Schulden zu senken und die Neuverschuldung abzubauen. Mit dem Verweis auf dieses Ziel wird seit Jahren ein rigoroser Sozialabbau betrieben. Allein bei der Arbeitslosen- und der Altersversicherung belaufen sich die seit dem Antritt der gegenwärtigen Regierung im Jahre 1982 vorgenommenen Kürzungen für 1997 auf rund 100 Mrd. DM, d.h. ohne diese Kürzungen stünden heute für diese beiden Säulen der sozialen Sicherung 100 Mrd. DM mehr zur Verfügung. Dennoch muß die Bundesregierung in jedem Jahr wieder feststellen, daß die Staatsverschuldung weit mehr als geplant gestiegen ist. Hierfür werden jedesmal „unerwartete Arbeitsmarktentwicklungen“ verantwortlich gemacht. Diese waren aber insofern vorhersehbar, als die vornehmlich über Sozialabbau und hohe Zinsen betriebene Politik der Inflationsbekämpfung (Austeritätspolitik) fast gesetzmäßig zur Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führt. Das aber bedeutet Ausfall von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und Mehrausgaben zur Unterstützung von Arbeitslosen. Die Höhe der staatlichen Neuverschuldung hängt in erster Linie von der Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit ab, die wesentliche Ursache des staatlichen Defizits ist die Arbeitslosigkeit. Das gilt auch für das überzyklische sog. strukturelle Defizit. Seine Ursache ist die überzyklische sog. strukturelle Arbeitslosigkeit. Die Summe der durch Arbeitslosigkeit verursachten öffentlichen Ausgaben und Einnahmeverluste belief sich 1996 in Deutschland auf ca. 160 Mrd. DM. Sie lag damit höher als der gesamte staatliche Finanzierungssaldo in Höhe von 137 Mrd. DM. Daher besteht die beste Politik zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte darin, mit aller Konsequenz für mehr Beschäftigung zu sorgen, auch wenn dies zunächst deutlich steigende Staatsverschuldung erfordert.

7. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist gesamtwirtschaftlich schädlich, arbeitsmarktpolitisch verheerend und haushaltspolitisch kontraproduktiv. Sie ist aber insofern erfolgreich, als sie konsequent die Gewinninteressen von weltmarktorientierten Unternehmen und BezieherInnen hoher Einkommen durchsetzt. Neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit besteht ihr greifbarstes Ergebnis daher in einer rigorosen Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Gewinne und der höheren Haushaltseinkommen. Diese Tendenz besteht bereits seit Beginn der 80er Jahre. Sie ist zum einen auf die stärkere Position der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen, zum anderen auf die staatliche Umverteilungspolitik zurückzuführen. Von 1980 bis 1993 (für dieses Jahr liegen letztmalig Zahlen für die alten Bundesländer vor) stiegen die Bruttogewinne der Unternehmen in Westdeutschland fast dreimal so stark wie die Bruttoarbeitslohn (nämlich um 185% gegenüber 63%), die Nettogewinne sogar fast fünfmal so schnell, nämlich um 251% gegenüber einem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter um 52%. Die ungleichgewichtige Entwicklung aufgrund der Machtverhältnisse auf den Arbeitsmärkten ist durch die staatliche Politik also nicht korrigiert, sondern verstärkt worden. Die Gewinne wurden weiter entlastet, die Löhne und Gehälter stärker belastet. Die vorläufigen Zahlen für die letzten drei Jahre in Gesamtdeutschland zeigen, daß diese Umverteilung ungebrochen weitergeht. Von 1993 bis 1996 sind die Löhne und Gehälter in Deutschland brutto um insgesamt 7,0%, netto dagegen nur um 2,0% gestiegen, also real (bei einem Anstieg der Verbraucherpreise in diesen 3 Jahren um 6,5%) um 4,5% gefallen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen dagegen in der gleichen Zeit brutto um 25,1%, netto um 33,3%, was einen realen Anstieg von über einem Viertel bedeutet.

8. Die neue Runde des Sozialabbaus bei den großen Systemen der sozialen Sicherung, die die Bundesregierung jetzt unter dem Titel der Haushaltssanierung begonnen hat, kann aller-

dings kaum mit Finanzierungsproblemen begründet werden. Die Anteile der Ausgaben bei den beiden großen Systemen der Krankenversicherung und der Alterssicherung am Bruttoinlandsprodukt stiegen in der Zeit von 1980 bis 1995 um ganze 0,1 Prozentpunkte, von 14,9% auf 15,0%; unter Einschuß der neuen Bundesländer lagen sie 1995 bei 16,6%. Lediglich der Ausgabenanteil der Bundesanstalt für Arbeit (BA) und des Bundes für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik hat sich von 1980 bis 1995 von 1,6% auf 3,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöht. Die Defizite der drei großen Versicherungssysteme Gesundheits-, Alters- und Arbeitslosenversicherung haben sich im Jahre 1996 auf unter 30 Mrd. DM belaufen und wären bei einer höheren Beschäftigung gar nicht angefallen. Da die Bundesregierung jedoch weder mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit rechnet noch etwas dafür tut, will sie diese Defizite durch weitere Kürzungen vermindern und sich bei dieser Gelegenheit gleich aus der sozialpolitischen Verantwortung verabschieden. Dies ist die Hauptrichtung der verschiedenen Reformen: Sie zielen mehr und mehr auf eine Änderung des gesamten Systems in Richtung auf zunehmende Privatisierung. Dies entspricht der neoliberalen Rhetorik von Marktsteuerung und individueller Verantwortung, liegt aber vor allem auch im Interesse der Versicherungskonzerne und der Geldvermögensbesitzer, die neue Anlagemöglichkeiten suchen:

- In der Gesundheitspolitik beläuft sich das bis Ende 1996 aufgelaufene Defizit auf ca. 10 Mrd. DM. Dies liegt nicht an zunehmenden versicherungsfremden Leistungen oder Veränderungen der Altersstruktur und auch nicht an einer immer aufwendigeren Medizin. Das Defizit ist in erster Linie auf die Stagnation der beitragspflichtigen Einkommen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sowie auf die Lastenverschiebung durch die Politik der Bundesregierung zurückzuführen. Die Reform zielt faktisch auf eine Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber und auf eine Teilprivatisierung des gesamten Systems. Die zum 1.1.1997 in Kraft getretene Beitragssenkung zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 0,4 Prozentpunkte senkt die Lohnkosten der Arbeitgeber um 0,2 Prozentpunkte. Für die ArbeitnehmerInnen wird die Entlastung in gleicher Höhe jedoch dadurch vielfach überkompensiert, daß Leistungen der Krankenkassen gekürzt und Zuzahlungen erhöht werden. Faktisch bedeutet dies zum einen eine Kürzung der Reallöhne, zum anderen einen weiteren Ausstieg aus dem System der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und einen Schritt weiter in Richtung auf seine Privatisierung. Auch die Abschaffung des Sachleistungsprinzips in einem wichtigen Teilbereich (Zahnersatz) bedeutet einen Systemwechsel in marktradikale Richtung.

- In der Rentenversicherung ist der Beitragssatz ab dem 1.1.1997 um 1,1% heraufgesetzt worden, um die gesetzlich vorgeschriebene Reserve von einer Monatsausgabe in Höhe von 24,3 Mrd. DM aufzufüllen, die Ende 1996 um rund 10 Mrd. DM unterschritten worden war. Auch dieser Fehlbetrag ist auf rückläufige Beschäftigung und niedrige Lohnsteigerungen zurückzuführen und nicht etwa auf die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Diese wird sich erst sehr viel später auswirken und bis zum Jahre 2040 zu einem Beitragssatz zwischen 26,3 und 28,7% führen, sofern das aktuelle Rentenniveau gehalten werden soll. Wenn das Erwerbspersonenpotential zu diesem Zeitpunkt ausgeschöpft ist und die Arbeitsproduktivität weiterhin steigt, stellt ein solcher Beitragssatz keine real ansteigende Belastung dar, zumal ihm Entlastungen in anderen Feldern der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, gegenüberstehen und die Gesamtabgabenquote somit stabilisiert würde. Mit dem Vorschlag der Rentenkommission, den Beitragssatz langfristig bei 22% zu deckeln, ist faktisch auch hier beabsichtigt, die Arbeitgeber zu einem Teil aus der Finanzierungspflicht zu entlassen. Würde der gleichzeitig vorgelegte Vorschlag verwirklicht, das Rentenniveau abzusenken und die Renten evtl. auch noch stärker zu besteuern, fiel ein erheblicher Teil der Renten – insbesondere bei dem Drittel der Männer und den neunzig Prozent der Frauen, die nicht die sogenannte Standardrente erreichen – unter das Sozialhilfeniveau, was im Gegenzug dessen weitere Absenkung nach sich ziehen würde. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit belastet überdies das System der sozialen Sicherung an anderer Stelle. Sie erhöht die Zahl der jungen Menschen, die keine Arbeit finden und somit nicht nur keine Beiträge zur Sozialversicherung zahlen, sondern aus der Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe finanziert werden müssen. Es geht also nicht um die finanzielle Sicherung der Renten, sondern um Umverteilung zugunsten der Unternehmen, wodurch die Finanzgrundlage der Rentenversicherung erst recht untergraben wird.

- Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit lag 1996 mit 13,8 Mrd. DM um 9,5 Mrd. DM über der vorausgeplanten Höhe von 4,3 Mrd. DM. Im Jahre 1997 soll es nur 4,1 Mrd. DM betragen. Dieser Planungsansatz geht von einer jahresdurchschnittlichen Zahl von unter 4 Millionen registrierten Arbeitslosen aus und ist damit sogar nach den Berechnungen, die die Bundesregierung ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1997 zugrunde legte, schon jetzt völlig unrealistisch. Das Defizit wird vermutlich um mindestens 10 Mrd. DM höher liegen, obwohl mit den Leistungskürzungen im Rahmen des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes (AFRG), des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes vom September 1996 und der Arbeitslosenhilfereform vom April 1996 die Leistungen bis zum Jahre 2000 um insgesamt über 50 Mrd. DM gekürzt wurden. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit wird nicht durch energische Beschäftigungspolitik, sondern durch administrative Tricks betrieben, mit denen Arbeitslose aus der Statistik wegdefiniert werden. In Zukunft werden beispielsweise auch jene Personen, die nur knapp oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze von gegenwärtig 610 DM monatlich (neue Länder: 520 DM) liegende Arbeitsverhältnisse eingehen müssen, weil sie keine regulären Arbeitsplätze finden, nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Mit dem AFRG zieht sich der Staat weiter aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung zurück. Der große Fortschritt des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969, der vor allem darin bestand, daß die Gesellschaft gestaltende Verantwortung für Arbeitsmarkt und Beschäftigung übernahm, wird jetzt wieder zurückgenommen. Staatliche Politik beschränkt sich auf die Unterstützung von Arbeitslosen, und diese Unterstützung wird durch schärfere Zumutbarkeits- und Ausschußregeln sowie zahlreiche Leistungskürzungen zielstrebig zurückgefahren. Gestaltende und vorsorgende Arbeitsmarktpolitik wird dem finanzpolitischen Ziel des Haushaltsausgleichs geopfert. Es geht um weitere drastische Verminderung der Unterstützung für Arbeitslose, nicht um die Beendigung der Arbeitslosigkeit durch die aktive Förderung oder Schaffung neuer Arbeitsplätze.

[...]

V. Die Finanzierung vernünftiger Wirtschaftspolitik: kurzfristig Neuverschuldung, langfristig Umverteilung

22. Bei der Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen und alternativer Wirtschaftspolitik überhaupt muß zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Aspekten unterschieden werden:

Mittelfristig hat erfolgreiche Beschäftigungspolitik einen hohen Selbstfinanzierungseffekt. Mehr Arbeitsplätze führen zu mehr Steuereinnahmen und höheren Beiträgen zur Sozialversicherung und entlasten die Ausgabenseite der Bundesanstalt für Arbeit. Dieser Selbstfinanzierungseffekt ist – auch nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit – mit ca. 70% anzusetzen. Schon eine Halbierung der registrierten Arbeitslosigkeit würde demnach die öffentlichen Kassen um gut 55 Mrd. DM entlasten. Vollbeschäftigung bedeutet eine Gegenfinanzierung der Beschäftigungspolitik um 110 Mrd. DM.

Kurzfristig kann daher der Teil der Ausgaben, der durch Mehreinnahmen zurückgezahlt wird, durch staatliche Neuverschuldung finanziert werden. Denn es handelt sich um ertragbringende und insofern den produktiven Investitionen gleichzustellende Ausgaben, die auch nach klassischer Finanzlehre durch Kreditaufnahme finanziert werden dürfen. Es gibt allerdings keinen ökonomisch zwingenden Grund, die staatliche Neuverschuldung über den Kapitalmarkt zu finanzieren und damit das öffentliche Budget mit hohen Zinsen zu belasten. Statt dessen kann die öffentliche Kreditaufnahme zumindest in dem Maße völlig problemlos und ohne Inflationsgefahren über zinslose Notenbankkredite erfolgen, wie zur erwünschten Ausdehnung der Geldmenge Zentralbankgeld erforderlich ist. Darüber hinausgehende Notenbankverschuldung müßte durch eine entsprechende Liquiditätsverknappung gegenüber dem Bankensektor vor inflationären Folgen abgesichert werden.

Die zur Finanzierung des beschäftigungspolitischen Programmpaketes in Höhe von 210 Mrd. DM darüber hinaus erforderlichen und mit dem Erfolg der Beschäftigungspolitik geringer werdenden Mittel müssen durch Verminderung von Ausgaben z.B. bei der Rüstung (–5 Mrd.

DM) und beschäftigungspolitisch unsinnigen Subventionen (–5 Mrd. DM) sowie vor allem durch Einnahmesteigerungen aufgebracht werden.

[...]

Langfristig geht es allerdings darum, den Anteil des Volkseinkommens zu erhöhen, der durch die Gesellschaft abgeschöpft und für öffentliche Aufgaben – u.a. für die Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors – verwendet wird. Denn einerseits ist zur Erfüllung der Eckpunkte einer alternativen Wirtschaftspolitik – Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ökologische Verträglichkeit und soziale Gerechtigkeit – ein tendenziell zunehmender öffentlicher Sektor erforderlich, der aus zunehmenden öffentlichen Einnahmen zu finanzieren ist. Zum anderen ist dies auch gesamtwirtschaftlich vernünftig, weil dadurch die Notwendigkeit vermieden wird, die privatwirtschaftlich erzeugte Nachfrageschwäche auf dem Rücken anderer Länder zu überwinden und dadurch den „Wettlauf der Besessenen“ zu entfesseln, der den meisten Menschen in allen Ländern schadet. Drittens allerdings steht eine solche Umproportionierung der Wirtschaft und der Nachfrageströme und damit auch eine Umverteilung der Einkommen zugunsten von mehr Steuern und Löhnen in krassem Widerspruch zu den Interessen der Unternehmen und BezieherInnen von Gewinn- und hohen Besitzeinkommen, die vom gegenwärtigen Zustand und dem vorherrschenden Kurs der Politik profitieren. Dieser Interessengegensatz existiert und kann nicht fortgewünscht oder -diskutiert, er muß ausgetragen werden.

23. Damit erweist sich die Verteilungsfrage als Kernfrage einer alternativen Wirtschaftspolitik, die das produktive Potential einer Gesellschaft ökologisch verträglich ausschöpfen sowie Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklichen will. Denn die Wachstumsmöglichkeiten moderner kapitalistischer Gesellschaften sind in dreierlei Hinsicht beschränkt. Erstens ist auch ökologisch verträgliches Wachstum mit dem Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen verbunden und stößt schon von daher an Grenzen. Zweitens haben die Länder der Dritten Welt einen nicht abweisbaren Nachholbedarf an einem vergleichsweise rohstoffintensiven industriellen Entwicklungstyp, der sich vor dem Hintergrund des ökologischen Problemaufwuchses wohl nur auf Kosten des Wachstums der hochindustrialisierten Kernländer realisieren lassen wird. Drittens schließlich blockieren die kapitalistischen Industrieländer ihre verbleibenden bescheidenen Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten durch eine extrem disproportionale Verteilung von Einkommen und Vermögen, die nicht nur sozial ungerecht ist und gesellschaftliche Polarisierungs- bzw. Destabilisierungsprozesse fördert, sondern überdies auch ökonomisch kontraproduktiv wirkt und Krisen- bzw. Stagnationstendenzen fördert. Während die ersten beiden Wachstumsbeschränkungen aus ökologischen bzw. entwicklungspolitischen Gründen notwendig sind, läßt sich die dritte durch eine andere, an ökologischen und sozialen Zielen ausgerichtete Wirtschaftspolitik überwinden. Die setzte allerdings voraus, daß andere als die vorherrschenden gesellschaftlichen Wohlstandsziele formuliert und durchgesetzt würden. Notwendig wäre, die Verteilungsverhältnisse so zu verändern, daß einerseits dem öffentlichen Sektor genügend Mittel zur Verfügung stünden, um durch den Markt nicht realisierbare soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben zu erfüllen, und daß andererseits die private Endnachfrage ausreichte, um die vorhandenen Produktionskapazitäten der Wirtschaft auszulasten. Die Politik der vergangenen fünfzehn Jahre hat das exakte Gegenteil gemacht: Sie hat eine drastische Umverteilung von unten nach oben betrieben – mit all ihren dysfunktionalen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft, ohne daß ein Ende in Sicht wäre. Einer wirtschafts- und sozialpolitischen Alternative zu dieser Politik stehen starke Interessen, einflußreiche Propagandaapparate und Ideologien entgegen. Sie ist gleichwohl ökonomisch vernünftig, ökologisch sinnvoll und liegt im Interesse der Mehrheit der Menschen.

Kontaktanschrift: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 33 04 47, 28334 Bremen